



Medienmitteilung

Bern / Basel, 7. März 2016

Gegen die Rationierung medizinischer Grossgeräte

Die Parlamentarische Initiative Carobbio fordert die schweizweite Rationierung medizinisch-technischer Grossgeräte. Erfahrungen in Deutschland und in den Kantonen Neuenburg, Jura und Tessin zeigen, dass solche Massnahmen keinen Einfluss auf die Kostenentwicklung haben. Das Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen (BFG) lehnt Rationierungen ab und fordert bessere Rahmenbedingungen für wirksame, zweckmässige und wirtschaftliche Leistungen zu Lasten der Grundversicherung.

Am 14. November 2014 hat Nationalrätin Marina Carobbio Guscetti eine Parlamentarische Initiative (Pa.IV.) eingereicht, welche die Schaffung einer nationalen Zulassungspflicht für medizinisch-technische Geräte wie MRI (Magnet Resonanz Imaging) oder CT (Computertomographie) verlangt. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) hat die Pa.IV. an ihrer Sitzung vom 13. November 2015 zur Ablehnung empfohlen. Nun hat das Plenum des Nationalrates in der laufenden Session darüber zu entscheiden.

Die aktuellen Bedarfsplanungen für medizinische Grossgeräte in den Kantonen Neuenburg, Jura und Tessin, sowie demnächst auch im Kanton Waadt bringen nachweislich keine signifikante Beeinflussung der Kostenentwicklung.

Rationierung hat in Deutschland nichts gebracht

Dies bestätigt die bereits in den 80er und 90er-Jahren in Deutschland gemachten Erfahrungen. Dort ist man im Jahr 1997 wieder vom Versuch einer Planung medizinischer Grossgeräte abgekommen. Der Begründung des entsprechenden Gesetzesentwurfes war zu entnehmen, die Entstehung von Überkapazitäten habe so nicht verhindert werden können. Das richtige Vorgehen liege vielmehr darin, den wirtschaftlichen Einsatz von medizinisch-technischen Grossgeräten, insbesondere über Vergütungsregelungen, sicherzustellen.

Ein weiterer Grund für die Aufhebung der Regelung lag darin, dass es nicht gelungen war, Kennzahlen für den bedarfsgerechten, leistungsfähigen und wirtschaftlichen Einsatz der Grossgeräte zu definieren.

Erfahrungen aus der Praxis zeigen ausserdem, dass eine Planung via Anzahl Geräte ein untaugliches Instrument ist, da diese durch eine verstärkte Auslastung der vorhandenen Geräte (Mehrschichtbetrieb) sehr einfach ausgehebelt werden kann.

Unnötige Diagnostik ist weder wirksam, zweckmässig noch wirtschaftlich

Das Bündnis lehnt eine nationale Planung von medizinischen Grossgeräten ab, denn die Vergütungspflicht der Krankenversicherer muss sich an den Kriterien Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit orientieren. Das Krankenversicherungsgesetz (KVG) gibt den Krankenversicherern seit 1996 mit den Wirtschaftlichkeitsprüfungen nach Artikel 56 den Auftrag, gegen angebotsinduzierte Mengenausweitungen vorzugehen. Statt die Rahmenbedingungen für einheitliche, faire und transparente Wirtschaftlichkeitsprüfungen zu verbessern, wird versucht, das Kosten- und Prämienwachstum durch Rationierung zu bremsen.

Das ausführliche Positionspapier des Bündnisses zum Thema ist zu finden unter <http://www.freiheitlichesgesundheitswesen.ch/>

Kontakt: Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen, Geschäftsstelle, Henric Petri-Strasse 19, 4051 Basel - Geschäftsführer: Andreas Faller, 079 / 415 33 37 (anf@intergga.ch)

Breit abgestützte und branchenübergreifende Vereinigung mit hoher Legitimation

Am 5. September 2013 ist in Bern das Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen gegründet worden. Mittlerweile gehören dem Bündnis bereits 23 grosse Verbände und Unternehmen aus allen Bereichen des schweizerischen Gesundheitswesens an. Der Vorstand setzt sich aus 26 Top-Exponenten des schweizerischen Gesundheitswesens zusammen.

Das Bündnis ist dank des branchenübergreifenden Charakters und seiner Grösse einzigartig in der schweizerischen Gesundheitslandschaft. Dank Grösse, breiter Abstützung und Fachkompetenz seiner Mitglieder ist das Bündnis bestens legitimiert, sich im Interesse des Gemeinwohls aktiv und kompetent in gesundheitspolitische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen.

Das Bündnis engagiert sich für ein marktwirtschaftliches, wettbewerbliches, effizientes, transparentes, faires und nachhaltiges Gesundheitssystem mit einem Minimum an staatlichen Eingriffen und Wahlfreiheit für Patientinnen / Patienten und Versicherte. Nur so bleibt genug Raum für Innovation sowie eine Optimierung von Behandlungsqualität und Patientensicherheit.

Das Bündnis kann auf Internet unter www.freiheitlichesgesundheitswesen.ch besucht werden.